

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Als Zumutung für die Versicherten und Kranken verurteilt **Klaus Kirschner MdB** die von der Koalition angestrebte Zwei-Klassen-Medizin.

Seite 1

Den Mainzer Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stellt **Herbert Bormeltinger**, Sprecher der rheinland-pfälzischen Landesregierung, vor.

Seite 3

Die Ereignisse auf dem Balkan kommentiert **Rudolf Müller MdB**.

Seite 4

Die Bergung chemischer Kampfstoffe auf dem Boden der Ostsee fordert **Dr. Karl-Heinz Kießdzinski MdB**.

Seite 5

49. Jahrgang / 84

3. Mai 1994

Eine Zumutung für die Versicherten und Kranken Die Koalition strebt die Zwei-Klassen-Medizin an

Von **Klaus Kirschner MdB**
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Sicher ist: Ein dynamisches Gesundheitswesen bedarf der ständigen Anpassung an veränderte soziale, ökonomische und gesundheitspolitische Rahmenbedingungen. Das bedeutet jedoch nicht den Weg in die Zwei-Klassen-Medizin. Wir brauchen keine andere gesetzliche Krankenversicherung. Der im Gesundheitsstrukturgesetz begonnene Weg einer Reform der gesundheitlichen Versorgung muß unter der Zielsetzung "Modernisierung des Gesundheitswesens statt Rationierung medizinischer Leistungen" konsequent fortgesetzt werden.

Damit keine Unklarheiten entstehen: Die SPD wird sich der Diskussion, wie es nach dem GSG weitergehen soll, nicht entziehen. Jetzt lautet jedoch zunächst die Aufgabe: Das GSG ist konsequent umzusetzen. Frühestens 1996 kann festgestellt werden, ob das Gesetz die Erwartungen erfüllt hat und wo nachzubessern ist. Allen, die unsere gesetzliche Krankenversicherung vom System her verändern wollen, muß jedoch klar sein: An den Grundpfeilern der sozialen Krankenversicherung, mit dem Solidaritäts- Sachleistungs- und Selbstverwaltungsprinzip, wird die SPD nicht rütteln lassen. Was sich in der Debatte um die Zukunft unserer gesetzlichen Krankenversicherung die Koalition derzeit erlaubt, ist eine Zumutung für die Versicherten und Kranken. So wird nach Leistungen gefahndet, die ausgegrenzt werden können und nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Versicherten nach dem Motto gefragt: Welche Einkommensarten der Versicherten können neben ihren Löhnen zusätzlich herangezogen werden? Und schließlich geht es der Koalition offensichtlich um die Einführung von Regel- und Wahlleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung anstelle des bisherigen Bedarfsdeckungsprinzips. Die Zwei-Klassen-Medizin läßt grüßen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemulflor Umwelt
mit wertvollen Recyclingstoffen
Recycling-Papier



Den traurigen Höhepunkt in der Diskussion setzt vorläufig der FDP-Politiker Thomae mit seinem Vorschlag, eine Selbstbeteiligungs-Gebühr in Höhe von drei Mark für Arztbesuche einführen zu wollen. Diese Gebühr soll auch für Rentner gelten. Auch wenn ein FDP-Sprecher dieses als Einzelmeinung darstellt: Die Koalition insgesamt will die Selbstbeteiligung bei der ambulanten Versorgung. Das von der Koalition verabschiedete Psychotherapeutengesetz mit seiner 25prozentigen Selbstbeteiligung zeigt doch ganz klar die Richtung auf.

Es ist eindeutig, wohin die Reise gehen soll: Es geht um die Reprivatisierung der Gesundheitsrisiken. Nicht mehr die Solidargemeinschaft tritt im Krankheitsfall für Leistungen ein, sondern der Einzelne muß sich entsprechend seiner finanziellen Möglichkeiten die Leistungen erkaufen. Leistungskürzungen, finanzielle Mehrbelastungen der Versicherten, das Heranziehen weiterer Einkommensarten der Versicherten zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und die Aufteilung des Leistungskataloges nach Regel- und Mehrleistungen, ist in höherem Maße unsozial. Die SPD lehnt diese phantasielose, rein verteilungspolitisch orientierte Politik zu Lasten der Versicherten und Patienten mit aller Schärfe ab.

Vor dem Versuch der Entsolidarisierung wird gewarnt

Es wäre eine gesundheitspolitisch fatale Entwicklung, wenn ökonomische Anreize so gesetzt werden, daß mehr medizinische Versorgungsleistungen für mehr Geld eingekauft werden könnten. Der dann in Gang kommende Wettbewerb würde voll zu Lasten der mittleren und unteren Einkommensgruppen gehen. Die innovative Medizin würde vorrangig den zusätzlichen Wahlleistungstarifen und damit den höheren Einkommensgruppen vorbehalten. Wenn die Koalition und diejenigen, die sich an dieser Diskussion beteiligen, glauben, daß man mit dem gebetsmühlenhaften Herunterleiern von angeblich nicht mehr finanzierbaren medizinisch notwendigen Leistungen die Entsolidarisierung der gesetzlichen Krankenversicherung vorantreiben kann, so haben sie sich gründlich getäuscht. Dies gilt auch insbesondere für den Versuch, noch vor der Sommerpause per Schnellschuß mit dem GKV-Anpassungsgesetz die Grundprinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung auszuhöhlen. Die Koalition will offensichtlich den "Lahnsteiner Kompromiß" des GSG zurückdrehen.

Die SPD wird bei der Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf Reformvorschläge setzen, mit denen sich die vorhandenen Wirtschaftlichkeitsreserven erschließen lassen. Problemebenen sind hier zum Beispiel die noch bestehenden Grenzen zwischen der stationären und ambulanten Versorgung, die Schaffung wirtschaftlich und gesundheitspolitisch sinnvoller interdisziplinärer Einrichtungen sowie ein Vorantreiben der Qualitätssicherung und des Verbraucherschutzes. Bestehende Defizite im Bereich der Gesundheitsförderung müssen ebenso abgebaut werden, wie die Verzahnung der medizinischen und sozialen Versorgungseinrichtungen vorangetrieben werden muß. Vor allem die Zunahme der Zahl chronisch kranker Menschen erfordert neue Wege. Von diesen Vorschlägen geht eine echte Steuerungsfunktion aus und Wirtschaftlichkeitsreserven, die im System stecken, werden geweckt. Und das aller Wichtigste: Die Zeche brauchen nicht wieder Versicherte und Patienten zu zahlen.

(-/3. Mai 1994/rs/ks)

**Der Mainzer Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
Rheinland-Pfalz setzt auf Forschung, Innovationsoffensive und Praxisprofessoren**

**Von Herbert Bermeltinger
Sprecher der rheinland-pfälzischen Landesregierung**

In der wirtschaftlichen Diskussion und der Suche nach neuen Strategien hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Förderung von Forschung und Wissenschaft und der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft eine zentrale Rolle zukommt. Die rasche Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in neue Produkte und Produktionsverfahren und die gesellschaftliche Konsensbildung über die Förderung von Schlüsseltechnologien sind grundlegende Voraussetzungen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.

Vor diesem Hintergrund plant das rheinland-pfälzische Ministerium für Wissenschaft und Weiterbildung eine Veranstaltungsreihe "Forum Innovation - Wissenschaft und Wirtschaft im Dialog". Ziel dieses Projektes ist es, die notwendige Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft vor Ort und im öffentlichen Bewußtsein stärker zu verankern. Die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sollen aktuelle wirtschaftliche Diskussionen aufgreifen und ihre vorhandenen Problemlösungskapazitäten aufzeigen und anbieten. Die Wirtschaft soll aber ebenso ihre Anforderungen an Wissenschaft und Forschung formulieren können. Die Öffentlichkeit wird die Möglichkeit erhalten, wie Rudolf Scharpings Wissenschaftsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner unterstreicht, an diesem Dialog von Wissenschaft und Wirtschaft mitzuwirken, um die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.

Zur Förderung des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft und zur Beseitigung von Engpässen in der Lehre durch berufserfahrene Gastdozenten hat Minister Zöllner außerdem das rheinland-pfälzische Modell der Praxisprofessur entwickelt.

Der Minister für Wissenschaft und Weiterbildung hat mit IBM Deutschland bereits im Herbst 1993 eine erste Rahmenvereinbarung getroffen. Diese sieht vor, daß geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befristet Lehrveranstaltungen an der Fachhochschule und den Universitäten des Landes Rheinland-Pfalz im Umfang von sechs bis acht Semesterwochenstunden übernehmen. Hierbei kann es sich um Lehraufgaben eines Professors oder einer "Lehrkraft für besondere Aufgaben" handeln. Die Laufzeit der Verträge beträgt zwei Semester, wobei eine Verlängerung vereinbart werden kann. Die Mitwirkung an Hochschulprüfungen wird durch die Prüfungsordnungen der Fachbereiche klar geregelt.

Übernahme und Gegenstand der Lehraufgaben der Persönlichkeiten aus der Praxis werden im Rahmen der Verantwortung der Hochschule in einem sogenannten Gestellungsvertrag zwischen Hochschule und Unternehmen geregelt. Diese stellen in Frage kommende Mitarbeiter im erforderlichen Umfang von der Tätigkeit frei; das Land erstattet dem Arbeitgeber eine Kostenpauschale für die Zeit der Gestellung eines "Praxisprofessors".

Bereits zum Sommersemester 1994 werden die ersten Praxisprofessoren an rheinland-pfälzischen Hochschulen lehren und damit bundesweit einen neuen Weg in der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft aufzeigen. Schon jetzt ist, wie Staatsminister Zöllner das Kabinett in Mainz wissen ließ, beabsichtigt, mit weiteren Unternehmen und weiteren Institutionen Rahmenvereinbarungen abzuschließen.

Für das Programm, mit dem in einer finanziell angespannten Situation mit unkonventionellen Mitteln zusätzlich qualifizierte Hochschullehrer gewonnen werden sollen, sind im Landeshaushalt für 1995 entsprechende Mittel bereitgestellt worden.

(-/3. Mai 1994/rs/ks)

Macht vor Recht?

Wir müssen aus den Ereignissen auf dem Balkan lernen

Von Rudolf Müller MdB

Wie wenig sich die Welt nach den bösen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges geändert hat, zeigt deutlicher als alles andere der Krieg in Bosnien. Die Serben, die den entscheidenden Anteil am Morden, an den Vertreibungen und an der Verrohung der Kriegsführung tragen, die den Bankrott der UNO für jeden deutlich gemacht haben, bestimmen zum Schluß selbst, welche der Eroberungen sie behalten und was sie dafür kriegen, daß sie mit dem Morden und Vergewaltigen aufhören und dem Gegner, der gegen jedes Völkerracht überfallen wurde und von der Völkergemeinschaft nicht einmal Waffen erhielt, um sich selbst zu verteidigen.

Die Serben dagegen, von der jugoslawischen Volksarmee bestens damit versorgt, werden die schweren Waffen, die sie jetzt von Gorazda abziehen, anderswo einsetzen, um dort schneller Erfolge zu erzielen. Von diesem Verhalten hat sich die UNO - gleich aus welchen Gründen - schon oft genug übertölpeln lassen. Es wird so lange weitergehen, bis die Serben ihre wichtigsten Kriegsziele erreicht haben und mit deren Konsolidierung durch einen Friedensschluß rechnen können.

Natürlich wollen auch die Deutschen nicht, daß ihre Söhne in sinnlosen Kriegen sterben. Sie sollten aber die Lehren aus dem Konflikt ziehen und ein paar Illusionen über Bord werden, die sich manche in unserem Land noch immer machen:

Wer nicht die Macht hat, sich selbst erfolgreich zu verteidigen, wer im Ernstfall nicht auf zuverlässige Freunde zählen kann, dem hilft niemand. Wer meint, er könne die Probleme der ganzen Welt lösen, der übernimmt sich. Und wer glaubt, wirtschaftliche Verflechtungen würden geschichtliche Vorurteile schnell gegenstandslos machen, kommt leicht zu falschen Schlußfolgerungen.

Der Sieg der Serben ist auch dem Taktieren des serbenfreundlichen Lord Owen, auch einer Politik zu verdanken, die ein starkes Serbien als Gegengewicht gegen ein stärker gewordenes Deutschland nicht ungem sah. Auch die EU hat gezeigt, daß sie noch lange nicht das ist, was sich viele Deutsche von ihr versprechen. Ob sie es in absehbarer Zeit werden kann, ist nach den Erfahrungen des Bosnienkrieges offener als zuvor.

Das ist kein Grund, in den Bemühungen um politische Fortschritte in Europa nachzulassen. Aber es wird notwendiger, solche Fortschritte an den Taten der Beteiligten, nicht an den üblichen Sprüchen und kosmetischen Veranstaltungen zu messen und daraus illusionslos Schlußfolgerungen für die Vertretung unserer Interessen zu ziehen.

Vielen Deutschen, die die ebenfalls völkerrechtswidrigen und brutalen Vertreibungen von Millionen ihrer Landsleute nach dem Zweiten Weltkrieg verdrängt haben und jeden, der aus aktuellem Anlaß darauf hinweist, als Nationalisten oder gar Faschisten verdächtigen, sollte der Krieg in Bosnien Anlaß sein, sich nicht nur an diejenigen geschichtlichen Erfahrungen zu erinnern, die in die eigenen Vorurteile passen, sondern überall die gleichen Maßstäbe anzuwenden. Sonst wird es in Zukunft noch schwieriger werden, dauerhaft Frieden zu schaffen.

Das Ergebnis des Balkankrieges und die Unfähigkeit der Völkergemeinschaft werden für manches eine Herausforderung sein, Ähnliches zu versuchen. Das Leben bestraft nicht nur den, der zu spät kommt, sondern vor allem den, der die Realitäten nicht sehen und die Erfahrungen der Geschichte nicht zur Kenntnis nehmen will.

(-/3. Mai 1994/rs/ks)

Eine Umweltkatastrophe verhindern!

Die chemischen Kampfstoffe auf dem Boden der Ostsee müssen geborgen werden

Von Dr. Karl-Heinz Klejdzinski MdB

Ende des Zweiten Weltkrieges fielen den Siegermächten mehr als 250.000 Tonnen an Chemiewaffen in die Hände.

Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion kamen damals überein, daß sie jede für sich die in ihrer Besatzungszone vorgefundenen Vorräten an Kampfstoffen beseitigen würden. Unter anderem wurden dabei in der Ostsee tausende Tonnen von Kampfstoffen und Kampfstoffmunition versenkt.

Der Bericht der Land/Länder-Arbeitsgruppe "Chemische Kampfstoffe in der Ostsee" dokumentiert auf eindrucksvolle Weise, welche Gefahren von den unterschiedlichen chemischen Kampfstoffen ausgehen. Der Ost-West-Gegensatz verhinderte jahrelang eine Bewertung.

Auf mein Befragen, welche Schlüsse die Bundesregierung aus den aktuellen vorliegenden Berichten verschiedener Arbeitsgruppen, die sich mit der Thematik befaßt haben, zieht, erwidert die Bundesregierung, daß sie von einer Bergung der Kampfstoffmunition absieht, da die hiermit verbundenen Gefahren ungleich höher einzuschätzen seien, als das bestehende geringe Gefährdungspotential bei Belassen der Kampfstoffmunition auf dem Meeresboden.

Diese Antwort ist einfach skandalös! Es ist naiv, darauf zu vertrauen, daß sich die chemischen Waffen durch Belassen auf dem Meeresboden mit der Zeit "von selbst entsorgen". Mit Rücksicht darauf, daß es sich bei der Ostsee um ein Binnenmeer mit geringer Selbstreinigungskraft handelt, müssen entschiedene Schritte zur Verhinderung einer Umweltkatastrophe ergriffen werden!

Die Gefährdungsabschätzung, die beispielsweise die chemischen Kampfstoffe in dem Bericht der Bund/Länder-Arbeitsgruppe "Chemische Kampfstoffe in der Ostsee" erfahren, besagen lediglich, daß Kampfstoffmunition solange nicht ungefährlich ist, wie die Behälter intakt sind und am Meeresgrund verbleiben. Wenn jedoch die Munitionskörper am Meeresgrund verbleiben, kann nach Durchrosten der Hüllen der Kampfstoff in die maritime Umwelt gelangen. Verschiedene schwerlösliche und schwerabbaubare Stoffe wie Clark, Adamsit und S-Lost in Form des Zählstoffs stellen ein Risikopotential nicht erkennbaren Ausmaßes dar!

Eine Gefährdung der Verbraucher ist zu befürchten, denn Fänge, in denen nur ein Klumpen Zählstoffs geraten ist, dürfen nicht verzehrt werden und gefährden darüber hinaus die persönliche Sicherheit der Fischer. Diese Fischer und auch die Natur haben keine starke Lobby. Die Auswirkungen auf das Biotop Ostsee sind noch nicht einmal untersucht.

Ist es dies, was die Bundesregierung davon abhält, Untersuchungen in Erwägung zu ziehen, welche technischen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, einschließlich einer sorgfältig abgewogenen Risikoanalyse, um gemeinsam mit den anderen Ostseeanrainerstaaten unter Beteiligung der Europäischen Union Entsorgungsüberlegungen anzustellen und durchzuführen, zumal Forschungsmittel der EU etatisiert sind.

Was muß sich erst ereignen, damit die Bundesregierung ihre fadenscheinigen Versuche, daß Gefährdungspotential herunterzuspielen, unterläßt?

(-/3. Mai 1994/rs/ks)

ROWOHLT
BERLIN

Mittendrin

■ Horst Ehmke, streitlustiger Akteur der Bonner Politik, der wie kaum ein zweiter das spannungsreiche Verhältnis innerhalb der Trias Brandt-Schmidt-Wehner kannte, schildert in diesem Buch den Machtwechsel von der Großen Koalition



zur sozialliberalen Ära; die Ostpolitik Willy Brandts und die Guillaume-Affäre; das Krisenmanagement und den Sturz Helmut Schmidts – ein Vierteljahrhundert Bundesrepublik bis zur Einheit, auf die keiner vorbereitet war. Ein Buch voller erstaunlich unbekümmerter politischer Erinnerungen.

448 Seiten.

Gebunden.

DM 42,-/65 328,-/sFr 42,-

Jetzt im Buchhandel